Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1902

119 (2.5.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer. 73. öffentliche Sitzung

Visual Library

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

73. öffentliche Sitzung

am Mittwoch den 30. April 1902.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rath Freiherr **v. Dusch**, Direktor des Oberschulraths Geh. Rath Dr. **Arnsperger** und Geh. Rath **Becherer**.

Präsident **Gönner** eröffnet 9¼ Uhr die Sitzung.

Nach Verlesung neuer Einläufe wird die Debatte über das Unterrichtsbudget fortgesetzt.

Direktor des Oberschulraths, Geh. Rath Dr. **Arnsperger:** Zu meinen gestrigen Ausführungen möchte ich noch einige erläuternde Bemerkungen machen, um die Stellung der Oberschulbehörde zu einigen Fragen besser zu klären. — Der Herr Abg. Goldschmit hat angenommen, ich hätte mit meinen Bemerkungen über die Besetzung der Stellen der Vorsitzenden der Beiräthe an den Mittelschulen die Absicht gehabt, darauf hinzudeuten, daß Juristen am meisten geeignet zu Vorsitzenden seien. Das lag mir aber vollständig fern. Ich habe den Herrn Berichterstatter vielleicht mißverstanden, indem ich angenommen habe, daß er dafür eintrat, es sollten durchweg Direktoren und Vorstände zu Vorsitzenden der Beiräthe ernannt werden. Ich nahm dies an, weil ich glaubte, daß eine andere Regelung nach dessen Wunsch gar nicht möglich sei. Wenn nur einzelne Direktoren zu Vorsitzenden ernannt würden, würden sich wahrscheinlich die übrigen Herren in ihrer Autorität und Thätigkeit sehr gehemmt fühlen und unangenehm berührt sein. Es scheint mir aber auch nöthig zu sein, den Vorsitz im Beirath von der Direktion getrennt zu halten, da durch die Verbindung dieser beiden Funktionen die Bedeutung des Beiraths herabgedrückt werden würde. Daß unter Umständen einmal ein Jurist Vorsitzender des Beiraths ist, schien mir ganz nebensächlich zu sein. Ich habe bei meinen Ausführungen vielmehr andere Persönlichkeiten im Auge gehabt. Der Herr Berichterstatter hat ja selbst auch schon darauf hingewiesen, daß in den Städten der Städteordnung die Oberbürgermeister Vorsitzende der Beiräthe an den städtischen Schulen bleiben müßten. Daß aber der Direktor oder der Vorstand der Schule nicht zugleich zum Vorsitzenden des Beiraths ernannt werden soll, scheint mir auch im Sinne der Verordnung zu liegen, da der Beirath ja vielfach Genehmigung zu Entschließungen der Direktion und der Lehrerkonferenz zu ertheilen hat. — Der Herr Abg. Goldschmit hat auch über die Art der Besetzung der Professorenstellen gesprochen. Er hat es mit Recht als ein unangemessenes Verfahren bezeichnet, wenn die Direktoren städtischer Schulanstalten vor Aeußerung der Stadträthe über die vorliegenden Bewerbungen an einzelnen Schulen des Landes herumreisen, um sich über die Bewerber näher zu informiren. Ich bin darin vollständig mit ihm einverstanden und kann beifügen, daß der Oberschulrath dafür Sorge getragen hat, daß diese hier und da hervorgetretene Uebung unbedingt abgestellt wurde. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß es für die älteren Kollegen sehr peinlich sei, wenn die Anciennetät nicht streng eingehalten werde, wenn jüngere Praktikanten vor älteren zu Professoren ernannt würden, wie das ja in einzelnen Fällen vorgekommen ist. Herr Abg. Goldschmit übersieht aber dabei unsere weitgehende Spezialisirung der Fähigkeiten der Mittelschullehrer zur Unterrichtsertheilung. Wenn an einer Schule das Bedürfniß nach einem Lehrer des Französischen oder Englischen besteht, dann können wir nicht einen klassischen Philologen oder einen Mathematiker hinschicken. Das können wir allenfalls bei den Gymnasien oder bei kleineren Realschulen machen durch Verschiebungen in der Besetzung dieser Anstalten. Bei den städtischen Schulen würden aber die städtischen Behörden mit vollem Recht sich dagegen wehren, wenn wir lediglich nach der Anciennetät diejenigen Lehramtspraktikanten, die zunächst an der Reihe sind, ernennen wollten, ohne dabei das Interesse der Schule berücksichtigen zu wollen. Diese Schwierigkeit ist für die Oberschulbehörde durchaus nicht gleichgiltig, sie hat es auch selbst schon bedauert, einen jüngeren Mann in Aussicht nehmen zu müssen, weil bestimmte Fächer bei der Besetzung in Frage kamen und deshalb nur bestimmte Praktikanten für diesen Zweck geeignet erschienen, die vielleicht in der Anciennetät hinter anderen zurückstanden. Es ist also nicht möglich, daß die Oberschulbehörde bei ihren Vorschlägen sich lediglich nach der Anciennetät richtet. Wenn die im Budget und im Nachtragsetat angeforderten neuen Stellen vom Hohen Hause bewilligt werden, dann werden wir deshalb in der Anstellung nicht etwa nur bis zum Jahrgang 1896 einschließlich gehen können,

wie dies in der gestrigen Verhandlung als wahrscheinlich bezeichnet wurde. Wahrscheinlich werden wir für einzelne Stellen noch tiefer hingehen müssen, andererseits aber vielleicht einige Praktikanten vom Jahre 1896 nicht berücksichtigen können.

Zu dem, was der Herr Minister über den Neubau des Freiburger Gymnasiums gesagt hat in Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Berichterstatters möchte ich noch einiges beifügen. Zunächst möchte ich richtig stellen, daß es ein Irrthum ist, wenn im Bericht und seitens des Herrn Berichterstatters angenommen wurde, daß die Bauweise und die Bauflucht auf dem gewählten Bauplatz dem Herrn Architekten nicht bekannt war, ein Irrthum, der allerdings durch die Mittheilung der Unterrichtsverwaltung wohl veranlaßt wurde. Bei dem ursprünglichen Plan des Herrn Architekten war die vorgeschriebene Bauflucht und Bauweise vielmehr durchaus gewahrt. Der Herr Oberbaudirektor hat es also nicht versäumt, sich darüber zu informiren. Es ergab sich aber noch nachträglich bei Prüfung des Planes von Seiten der Unterrichtsverwaltung, daß die Turnhalle zweckmäßiger auf einen der Seitenflügel verlegt werde. Der Oberbaudirektor ging auf diese Anschauung der Oberschulbehörde ein. Es fand sich aber, daß diese Planänderung nicht ohne Dispens von der Bauweise ausgeführt werden könnte. Es wäre nämlich die Turnhalle zu nahe an die Nachbargrenze gekommen. Ein Dispens hierwegen konnte aber nicht ertheilt werden. Es ist also nicht in dem Umstand, daß der Architekt sich etwa nicht verlässigt hätte über die Bauweise, der Grund zu suchen, weshalb der Plan umgearbeitet werden mußte, sondern hauptsächlich darin, daß die Oberschulbehörde Werth darauf legte, die Turnhalle nicht an den Mittelbau, sondern an den Seitenflügel anzuschließen, um den freien Platz in der Mitte des Bauplatzes für die Schüler zu erhalten aus Gründen der Schulordnung. — Es ist dann noch als auffällig bezeichnet worden, daß eine so lange Zeit nach der Vollzugsgenehmigung vergangen sei, bis die Bauarbeiten angefangen worden seien. Auch in dieser Beziehung muß ich den Herrn Oberbaudirektor in Schutz nehmen. Er hat die Vollzugsgenehmigung im Mai 1901 erhalten. Schon im Juli hat er dann die Pläne dem Bezirksamt zur Baugenehmigung vorgelegt, gewiß eine gar nicht große Zeit zur Ausarbeitung der erforderlichen Pläne. Am 23. August ist dann die Baugenehmigung ertheilt worden. Schon am 27. August wurden die Bauarbeiten ausgeschrieben. Die Submissionen nahmen aber auch bestimmte Zeit in Anspruch, so daß der Bau erst am 28. September wirklich begonnen werden konnte. Aus dieser Darlegung geht wohl hervor, daß dem betreffenden Baubeamten irgend welche Verzögerung der Arbeiten nicht zur Last gelegt werden kann. Wenn aber durch die Oberschulbehörde etwa eine Verzögerung eingetreten ist, so geschah es nur, weil man den Neubau in der vortheilhaftesten Weise erstellt sehen wollte.

Abg. **Fehrenbach**: Auf die Wünsche der akademisch gebildeten Lehrer will ich nicht mehr näher eingehen, sondern nur erklären, daß bei der Revision des Gehaltstarifs thunlichste Gleichstellung aller akademisch gebildeten Beamten erfolgen sollte. Ich theile die Ansicht des Herrn Berichterstatters über den Artikel des Richters M. in der Badischen Rechtspraxis. Ich bedauere, daß in ungerechtfertigter Weise von Seiten eines Mitglieds des Juristenstandes zu dieser Frage Stellung genommen worden ist. Im künftigen Gehaltstarif sollten die Direktoren der größeren Anstalten in B einrücken und ebenso den älteren Professoren die Möglichkeit eines Aufrückens von D nach C gewährt werden. Nach der Erklärung des Herrn Finanzministers werden sich die akademisch gebildeten Lehrer aber noch geraume Zeit mit diesen Wünschen gedulden müssen; sie theilen hier das Loos der übrigen Beamten. — Die Ergänzungsprüfungen, von denen viel die Rede war, sollten jedenfalls vor das eigentliche Universitätsstudium fallen. Das erscheint erforderlich sowohl im Interesse des einzelnen Studirenden, der doch schon im Besitz der erforderlichen Vorkenntnisse sein sollte, als der Universität, die keine Abhörschule ist. Es würde auch wohl kaum einen besonderen Reiz für die Dozenten bieten, diese Drillarbeit zu übernehmen. — Es ist auch gestern von der außerordentlich gesteigerten Frequenz unserer Mittelschulen die Rede gewesen. Darin sind wir ja alle einig, daß die gesteigerten Anforderungen des Lebens eine gediegenere Schulbildung auch in kleineren Verhältnissen nöthig machen. Zur vollen Absolvirung des Gymnasiums sollten aber nur Leute mit wirklicher Befähigung kommen. Eine Zeit lang ist den Schülern aber die Erreichung dieses Zieles zu leicht gemacht worden, es hat ein wahrer Wetteifer zwischen den einzelnen Anstalten in Bezug auf die Frequenz stattgefunden. Andererseits besitzen speziell die Direktoren gegenüber den Wünschen der Eltern und der Nichtbefähigung der Schüler oft nicht das nöthige Rückgrat, welches die Klassenlehrer wünschen möchten. Es wäre nicht unangezeigt, wenn der Oberschulrath das Rückgrat der Direktoren in den Anforderungen an die einzelnen Schüler entsprechend stärken würde.

Dem Beirath an den Staatsanstalten wird wohl mit Recht von offenbar keiner Seite eine große Bedeutung beigemessen. Es ist die Meinung ausgesprochen worden, daß die Direktoren Vorsitzende der Beiräthe sein sollen, aber nicht durchgängig. Darin stimme ich dem Oberschulrathsdirektor bei, daß das nicht geht. Ich bin aber der Meinung, daß die Direktoren allgemein die richtigen Vorsitzenden des Beiraths wären im Interesse der Schule und im Interesse der Bedeutung des Beiraths. Die Erfahrungen auf andern Gebieten, wo man den Vorsitz in solchen Kollegien nicht dem Fachmann gab (so beim Aufsichtsrath der Landesgefängnisse, bei den Kriegsgerichten), ermuthigen doch nicht zur Nachahmung. Man wird immer Leute finden, die gewillt und berufen sind, unter dem Vorsitz des Schulmanns die Interessen der Schule zu wahren und zu fördern. Es ist nicht nöthig, daß der Vorsitzende ein Verwaltungsbeamter ist. Für einen Beirath sind gewisse Eigenschaften nothwendig, die nicht jeder Verwaltungsbeamte besitzt. Ich möchte im Zusammenhang damit noch auf einen Fall hinweisen, in dem sich eine Frau in wenig angemessener Weise in die Angelegenheiten der Schule eingemischt hat und die entsprechende Korrektur durch ihren Gemahl, den Vorsitzenden des Beiraths, nicht erhalten hat. Im Interesse der Schule wird es doch nöthig sein, ohne Rücksicht auf die betreffende Persönlichkeit, deren Verhältniß zur Anstalt zu lösen.

Es ist auch die Rede gewesen von der Besetzung der neuen Stellen im Oberschulrath. Die Kommission hat mit ihrem Wunsch nach stärkerer Heranziehung des fachmännischen Elements im Oberschulrath natürlich nicht beabsichtigt, in das Ernennungsrecht der Regierung einzugreifen. Sie wollte nur in thesi diesen Satz (größere Berücksichtigung des fachmännischen Elements) betonen. Wenn im jetzigen Moment ein Schulmann weniger geeignet erscheint als ein Verwaltungsbeamter, so wollte die Kommission keine gegentheilige Einwirkung auf die Regierung ausüben. Ein Schulmann wird sich übrigens immer erst in den ihm ganz fremden Verwaltungsdienst einarbeiten müssen.

Der Herr Kollege Frühauf hat uns auch gestern wieder in ausgiebiger Weise unterhalten. Er hat sich als passiver

Fachmann eingeführt. Er wird uns nicht verdenken, wenn wir wir auch passive Zuhörer waren. Herr Kollege Frühauf, der auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens zweifellos eine große Autorität ist, hat gestern gezeigt, daß er auch das Zeug zu einem Unterrichtsminister besitzt. Er hat mit der Miene absoluter Sicherheit in der Art der absprechenden Verallgemeinerung gesprochen, die wir an ihm gewöhnt sind; ich möchte aber doch Zweifel darein setzen, ob seine Ausführungen nicht einen Eintrag bedeuten für das Ansehen der Kammer in fachmännischen Kreisen. Er hat einen Kampf gegen die Grammatik geführt und will gleich mit den Klassikern beginnen. Die Experimente, die in dieser Beziehung bei den lebenden Sprachen gemacht worden sind, sind glücklicher Weise an den Gymnasien nicht nachgemacht worden. Ich weiß nicht, wie lange sie an den Realanstalten noch werden fortgesetzt werden. Es wäre vielleicht zweckmäßig früher mit der Lektüre zu beginnen, aber ein gründlicher grammatikalischer Unterricht muß vorausgehen. — Für seine Ausführungen über den Geschichtsunterricht kann man dem Herrn Kollegen Frühauf nur dankbar sein. Erst jetzt habe ich das richtige Verständniß für die Perserkriege bekommen. (Heiterkeit). — Es wäre wünschenswerth, hat der Herr Kollege Frühauf gemeint, wenn die Schulmänner sich jetzt auch mit der Deckungsfrage beschäftigen würden. Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat, ob das nur eine Reklame sein sollte für den Zweipfennigtarif ꝛc., das bekannte Allheilmittel gegen finanzielle Mißstände?

Der Herr Kollege Frühauf hat dann auch bemängelt, daß der Oberschulrath nicht einmal Kenntniß von der in süddeutschen Schulblättern erschienenen Statistik hatte. Wie das Verhältnis zwischen etatmäßigen Stellen und nichtetatmäßigen ist, das haben wir aber doch schon früher gewußt. Durch die im Nachtragsbudget angeforderten Stellen werden wir übrigens dem von uns angestrebten Verhältniß (4 : 1) näher kommen. Thatsache ist weiter, daß durch diesen Nachtragsetat die Anstellungsverhältnisse bei den Lehramtspraktikanten wahrscheinlich günstiger, jedenfalls aber nicht ungünstiger sein werden, als bei den Juristen (Referendären).

Der Herr Abg. Frühauf hat dann schließlich auch die Fälle St. Roman und Buch a. A. vorgebracht. Ich gratulire dem Oberschulrath zu dem glänzenden Zeugniß, welches darin liegt, daß es einem herben Tadler, wie dem Abg. Frühauf, nicht gelungen ist, einen weiteren Fall, als diese beiden alten Fälle, an's Tageslicht zu ziehen. Damit ist eben der Beweis erbracht, daß unsere Lehrer den wünschenswerthen Schutz bei der Oberschulbehörde genießen. Unfaßbar war mir auch der Appell an die Disziplinlosigkeit der Lehrer. Wenn bei irgend einem Beamten, dann ist beim Lehrerstand Disziplin nothwendig. Wenn die Herren Volksschullehrer Staatsbeamte werden wollen, dann müssen sie größeres Verständniß für die Anforderungen der Disziplin zeigen. Sonst wird es wohl nicht angängig sein, sie unter die Staatsbeamten einzureihen. Wenn ich harte Worte ausspreche gegen den Volksschullehrerstand, so ist mein innerstes Herz ihnen doch gewogen. Es wäre allmählig an der Zeit, daß die besonnenen Elemente sich zusammenschaaren und die die Feder führenden disziplinlosen Elemente von ihren Rockschößen abschütteln würden. (Beifall.) — Der Herr Kollege Frühauf sollte mehr Rücksicht auf seine Wähler nehmen. An den Ausführungen dieses Jubiläumsabgeordneten haben nur die Sozialdemokraten Freude. (Große Heiterk. u. lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Heimburger**: Auf die Berechtigungsfrage die ja noch Gegenstand einer besonderen Berathung im Anschluß an einen von mir und anderen Kollegen eingebrachten Antrag sein wird, will ich hier nicht eingehen. Auch der Ueberbürdungsfrage will ich nur kurze Bemerkungen widmen. Von einer solchen Ueberbürdungsfrage kann nicht mehr geredet werden, und wir müssen uns nur hüten, in das andere Extrem zu verfallen und den Schülern zu wenig zuzumuthen. Das hätte gewiß schlimme Folgen. Gewisse Elemente in unseren Schulen werden eben immer überlastet sein. Es ist immer eine untere Schicht vorhanden, die nach ihrer ganzen Veranlagung wegen Mangels an geistiger Kraft nicht in die Schule paßt. Eine solche Ueberbürdung werden wir aber immer haben, auch wenn wir die Anforderungen noch weiter herabsetzen. Hiergegen können nur die Eltern helfen, indem sie solche Elemente dem Gewerbestand zuführen.

Der Herr Kollege Dr. Goldschmit hat das Verdienst des früheren Unterrichtsministers hervorgehoben, daß er unsere Gymnasien mit dem anderwärts üblichen Experimentiren verschonte, daß er uns vor allem vor dem Zwischenexamen zwischen Unter- und Obersekunda bewahrt hat. Was den Lehrplan der Gymnasien anlangt, bin ich der Ansicht, daß allerdings dem Gymnasium nicht alles zugemuthet werden kann. Wenn man das Gymnasium und die durch dasselbe vermittelte humanistische Bildung erhalten will, so darf man von ihm nicht die Erfüllung von Aufgaben erwarten, die mit seinem Ziel nicht vereinbar sind. In seinen Lehrplan könnte man neue Unterrichtsgegenstände nur hereinbringen auf Kosten Derjenigen, die jetzt dort gelehrt werden. Eine solche Kürzung des Lateinischen und Griechischen ist auch schon wiederholt vorgeschlagen worden, meines Erachtens aber zu Unrecht. Wenn man überhaupt die humanistische Bildung will, dann muß man den Lehrplan des Gymnasiums so lassen, wie er ist, sonst erzielt man kein harmonisches Ganzes mehr. Die richtige Entwickelung wird die sein, daß man allen Bedürfnissen Rechnung trägt, indem man den verschiedenen Anstalten die nöthigen Berechtigungen ertheilt und das Gymnasium so vor Experimenten bewahrt, die ihm nur schaden können.

Daß die Regierung gewillt ist, das Frauenstudium zu fördern, begrüße ich. Die hierin gemachten Erfahrungen sind durchaus gut.

Der Abg. Dr. Goldschmit hat gefunden, es sei die Hauptaufgabe des Geschichtsunterrichts, in der Jugend das Verständniß für die großen Männer zu erwecken. Der Abg. Frühauf vertrat dem gegenüber mehr den realistischen Standpunkt der Wissenschaft und wurde dabei vom Abg. Fehrenbach in einer Weise abgekanzelt, die sachlich durchaus nicht berechtigt ist. Ich halte es nicht für angebracht, daß man dem Geschichtsunterricht nur die Aufgabe zuweist, die Begeisterung für große Männer zu wecken. Der Abg. Dr. Goldschmit hat selbst darauf hingewiesen, daß der historische Sinn in den Schülern geweckt werden müsse. Man muß ihnen die treibenden Kräfte zeigen und darauf hinweisen, daß ein einzelner großer Mann nie eine große Bewegung hervorrufen kann, daß eine solche vielmehr aus wirthschaftlichen und geistigen Strömungen mit Naturnothwendigkeit herauswächst, und daß der große Mann nur diese allgemeinen Gedanken in sich verkörpert, zum Siege führt und ihnen dadurch den Stempel seines Geistes aufdrückt. Diesen historischen Sinn erweckt man aber in der Jugend nicht, wenn man in ihr den Eindruck hervorruft, als ob nur die großen Männer die Geschichte machten.

Bezüglich der Zusammensetzung des Oberschulraths wünschen die Lehrer naturgemäß, in dieser Behörde genügend vertreten zu sein, insbesondere wünschen sie, auch an die leitende Stelle gelangen zu können. Dieser Anspruch ist erfreulicher Weise von keiner Seite bestritten worden, und in künftigen Fällen wird diesem Gesichtspunkt wohl Rechnung getragen werden. Ich möchte nicht

in das Ernennungsrecht der Regierung eingreifen, aber ich muß betonen, daß wir in der Kommission allgemein der Ansicht waren, es werde ein weiterer Schulmann in den Oberschulrath kommen. Wenn immer betont wird, daß die Arbeitslast des Juristen im Oberschulrath sich vermehrt habe, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß der Direktor von seinem Amt als Referent des Ministeriums enthoben wurde, daß er somit jetzt seine Kraft allein dem Oberschulrath widmen kann. Bei dieser Sachlage berührt doch die Stelle in einer Regierungszuschrift äußerst sonderbar:

„Allein mit diesem Ausscheiden aus der Ministerialstellung ist doch neben der hierdurch gewährten Erleichterung auch wieder in manchen Richtungen eine verstärkte Inanspruchnahme des Leiters der Oberschulbehörde dadurch verbunden, daß sich manche Fragen nicht mehr wie früher in gegenseitigem persönlichen Benehmen innerhalb des Ministeriums erledigen lassen, sondern schriftliche Behandlung verlangen."

Das hat mich sehr in Erstaunen gesetzt. Das Ministerium ist doch vom Oberschulrathsgebäude nicht so sehr entfernt, und wenn ich mich recht erinnere, so gibt es zwischen diesen beiden Gebäuden auch telephonische Verbindung! Dieses Ausscheiden aus der Ministerialstellung durfte also keine neue Arbeitslast bringen.

In Bezug auf die Stellung des Oberschulraths überhaupt wurde behauptet, er genieße nicht das Vertrauen der ihm untergeordneten Beamtenschaft, und dieser Anlaß wurde dazu benützt, scharfe Angriffe gegen diese Behörde zu richten. Ich muß nun sagen: Es hieße die Wahrheit verschleiern, wenn man bestreiten wollte, daß die ihm unterstellten Beamten zum Oberschulrath nicht das wünschenswerthe Vertrauen haben. Die Gründe hierfür liegen allerdings nicht so glatt auf der Hand, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte. Zum Theil sind es meines Erachtens Gründe, die dem Oberschulrath mit Unrecht zur Last gelegt werden: seine Stellung zwischen dem Ministerium einerseits und seinen Beamten andrerseits, die Thatsache, daß er manchmal den guten Willen hat, den Wünschen seiner Beamten zur Erfüllung zu verhelfen, und daß er auch einen Versuch hierzu macht, aber beim Ministerium Widerstand findet. Da wird dann ihm allein die Schuld in die Schuhe geschoben. — Andrerseits sind die Klagen über den Oberschulrath alt. Der Abg. Zehnter hat behauptet, das Personal sei difficil zu behandeln. Warum soll aber denn gerade dieses Personal so difficil zu behandeln sein? Wenn das allgemein der Fall ist, so müssen doch auch allgemeine Gründe hierfür vorhanden sein. Diese Beamten gehen genau aus denselben Kreisen hervor wie die anderen Beamten auch! Diese Gründe sind vorhanden gewesen mehr in der Vergangenheit als in der Gegenwart: Man hat die Lehrer in Bezug auf Gehalt und soziale Stellung jahrelang hinter den anderen Beamten zurückgesetzt, und das hat auf ihre Stimmung naturgemäß einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Als es sich vor Zeiten darum handelte, die Lehrer den anderen Beamten gleichzustellen, erklärte der Vertreter des Oberschulraths, ein Bedürfniß hierfür liege nicht vor! — Ferner war die Behandlung, die einem persönlich beim Oberschulrath widerfuhr, auch nicht der Stellung und der Behandlung anderer Beamten entsprechend. Doch das hat sich heute gebessert. Nur im Dienerzimmer ist es noch beim Alten geblieben!

Es sollte nicht vorkommen, daß einem Lehramtspraktikanten ein Verweis durch Vermittlung des Bezirksamts ertheilt wird. Der Herr Minister hat ja das Vorgehen in dem hier angezogenen Fall zu vertheidigen gesucht durch Darstellung des Sachvrhalts. Der Herr Minister hat die Sache übrigens einseitig zu Ungunsten des Praktikanten dargestellt. Ob die That „brutal" war oder nicht, ist ja Geschmackssache. Das Vorgehen des Praktikanten war gewiß nicht korrekt, aber wie ich den Sachverhalt kenne, ist er in einer Weise provocirt worden, daß Jemand, der so wie so etwas zu Thätlichkeiten neigt, reichlich Veranlassung hatte, handgreiflich zu werden. Aber darum handelt es sich gar nicht. Der Abg. Dr. Goldschmit hat nicht die Berechtigung des Vorgehens überhaupt bestritten, er glaubte, nur die Art und Weise, wie die Strafe verhängt und mitgetheilt wurde, bemängeln zu müssen. Jedenfalls ist es wünschenswerth, daß eine solche Strafe dem Lehrer durch seine vorgesetzte Behörde mitgetheilt wird, und nicht durch das Bezirksamt. Auch in einem anderen Karlsruher Fall, in dem es sich um die Mißhandlung eines Kindes durch einen Volksschullehrer handelte, wurde die Strafe durch das Bezirksamt mitgetheilt, obschon man hierzu den Ortsschulrath vorzüglich hätte benützen können.

Die gestrige Aeußerung des Herrn Oberschulrathsdirektors über die Gründe, aus denen man den Anstaltsvorstand nicht zum Vorsitzenden des Beiraths machen könne, waren geeignet, die Mißstimmung zu erhöhen. Nachdem er diese Bemerkung heute aber dahin richtig gestellt hat, daß man weniger Leute zur Uebernahme der Beirathsmitgliedschaft bereit finden werde, weil der Beirath an und für sich dadurch an Bedeutung verlieren würde, wurde die Sache in ein anderes Licht gerückt. Ich glaube, der Oberschulrath sollte diese Frage einer wohlwollenden Prüfung unterziehen. Wir haben doch eine ganze Anzahl von Verwaltungsbeamten, die nicht die geeigneten Mitglieder und noch viel weniger die geeigneten Vorsitzenden des Beirathes sind. Viele Amtsvorstände neigen ja jetzt schon zu der Ansicht, sie seien die Vorgesetzten aller Beamten ihres Bezirks, und wenn man sie immer auch noch zu Vorsitzenden aller Beiräthe macht, so werden sie in dieser Ansicht noch bestärkt. Es gibt Amtsvorstände, die diese Ansicht auch in einer absolut nicht wünschenswerthen Weise zu erkennen geben.

Die Bemerkung des Abg. Frühauf über die Disziplinlosigkeit der Volksschullehrer muß cum grano salis verstanden werden. Man muß doch wohl unterscheiden zwischen Disziplinlosigkeit im Amt und zwischen außerdienstlichem Verhalten. Und eine Disziplinlosigkeit in dieser Beziehung kann man nicht als vorhanden bezeichnen. Wenn aber die Volksschullehrer außerhalb der Schule bei der Vertretung ihrer Standesinteressen in neuerer Zeit größere Lebhaftigkeit zeigen als früher, so ist das aus historischen Gründen leicht erklärlich. Doch dabei kann man nicht von Disziplinlosigkeit sprechen. — Der Herr Abg. Zehnter hat behauptet: „diese Herren führen eine Sprache, die nur verletzen kann!" Wenn man nicht mehr vorzubringen vermag, als geschehen ist, so kann man nicht von Disziplinlosigkeit sprechen. Freilich wird auch seitens der Volksschullehrer manches dem Oberschulrath zugeschoben, woran er vollständig unschuldig ist. Da möchte ich einen Vorschlag machen, der sich vielleicht etwas hart anhören mag, aber doch vorgebracht werden muß: das Beste wäre, der Oberschulrath würde als Mittelstelle ganz aufgehoben, und es würde dafür eine Abtheilung für Unterricht im Ministerium geschaffen. Damit wäre seine unglückliche Mittelstellung zwischen der Ministerialinstanz und der Beamtenschaft beseitigt.

Für die allseitge Anerkennung der Nothwendigkeit einer Besserung der Gehaltsverhältnisse bei den Professoren bin ich dankbar. Wir wissen ja, daß diese Besserung zur Zeit unthunlich ist, und wir warten gerne, bis der Gehaltstarif abgeändert wird. Dann aber erwarten wir allerdings, daß den Professoren die Stellung eingeräumt wird, die als wünschenswerth zu bezeichnen ist. — Es ist sehr dankenswerth, daß durch Anforderung weiterer Pro-

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

fessorenstellen im Nachtragsetat das Zahlenverhältniß zwischen Professoren und Praktikanten gebessert werden soll. Damit ist aber kein Abschluß erreicht. Wir sollten dem Staate, bei dem das Verhältniß 6:1 beträgt, gleichkommen. Es wird nicht zum Segen der Schule gereichen, wenn wir auf die Dauer zurückbleiben. Es handelt sich dabei nicht darum, daß die Praktikanten möglichst bald Professoren werden können. Wenn sie wegen des starken Zugangs so lange auf die Anstellung warten müßten, dann müßte man das eben hinnehmen; aber so liegt ja die Sache gar nicht: der Zugang hält dem Bedürfniß nicht stand. Wir haben ja gestern gehört, daß nicht einmal die Landtagsboten Vertretung finden konnten, und das Gesuch Donaueschingens um Erweiterung seiner Mittelschule zum Vollgymnasium mußte zurückgewiesen werden wegen Mangels an Lehrkräften! — Zweifellos ist es, daß ein beträchtlicher Abfluß von Lehramtspraktikanten nach anderen Staaten stattfindet. Dagegen dürfen wir nicht gleichgiltig sein. Der Grund dieser Abwanderung liegt weniger in der schlechten Stellung unserer Professoren in gehaltlicher Hinsicht, als vielmehr in der schlechten Aussicht des Praktikanten, Professor zu werden. Wir können jetzt schon nicht mehr alle Stellen besetzen. In Zukunft wird sich dieser Mangel noch fühlbarer machen, und wir werden uns gezwungen sehen, die Bezüge der Mittelschullehrer zu erhöhen; diese erhöhten Gehälter werden aber dann nicht unseren eigenen Landeskindern zu Gute kommen, sondern Fremden, die wir zur Beseitigung der Noth herbeigezogen haben. — Wenn dann behauptet wird, wir können die Professorenzahl bei den Realanstalten nicht nach Gutdünken vermehren wegen der dazu erforderlichen Zustimmung der Gemeinden, so muß doch betont werden, daß die Gemeinden noch nie die Bremser waren. Es bedurfte stets nur eines Anstoßes seitens der Regierung, um einem solchen Bedürfniß abzuhelfen. Die Verantwortung liegt also einzig und allein bei der Regierung.

Große Klassen sind ein schwerer Mißstand. Wenn eine obere Klasse über 40 und eine untere 50 bis 60 Schüler hat, so ist ein gedeihlicher Unterricht auf die Dauer unmöglich. Wir müssen eifrig bestrebt sein, hier so bald als irgend möglich Abhilfe zu schaffen. Wenn immer die Finanzlage als Hinderniß genannt wird, so muß ich doch daran erinnern, daß man sich auch zu Zeiten einer günstigen Finanzlage nicht zu diesem Mehraufwand entschließen konnte. Aber für diese hochwichtige kulturelle Aufgaben muß eben das Geld beschafft werden. Wenn es sich darum handelte, die zur Ausbildung der Mannschaft erforderliche Zahl von Offizieren und Unteroffizieren zu beschaffen, so hätte man gewiß nicht Jahrzehntelang bitten müssen! Wenn aber dort das Nöthige geschieht, so muß es auch auf andern Gebieten geschehen, oder man darf nicht mehr behaupten, die Kulturaufgaben leiden nicht unter den Ausgaben für Heer und Flotte.

Daß den Anstaltsvorständen Schreibaushilfen — nicht Bureauaversen, wie irrthümlich bemerkt wurde — beigegeben werden sollen, ist sehr zu begrüßen. Diese Schreibaushilfen sollten aber auch den Mitgliedern des Kollegiums verschiedene Schreibereien, z. B. die vierfache Listenaufstellung, abnehmen.

Der Abg. Dr. Goldschmit hat gewünscht, die erledigten Stellen an den Realanstalten sollten nicht mehr ausgeschrieben werden. Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt: alle Stellen sollten ausgeschrieben werden, damit jeder Reflektant offiziell von der Erledigung der Stelle benachrichtigt würde. Wenn dies nicht geschieht, so erfährt man das auf privatem Wege. Dann ist die Bewerbung um die Stelle viel schwerer und unangenehmer. Wenn bei dem jetzigen Modus Mißstände zu Tage getreten sind, so würde das auf die vorgeschlagene Weise sicher nicht besser werden. So würde die Hintertreppenbewerbung eine große Ausdehnung annehmen.

In der Handhabung des Wirthshausverbots sind wir liberaler als das Land, in dem der Abg. Frühauf in die Schule ging. Allerdings ist es besser, man gestattet den Wirthshausbesuch mit Einschränkungen und leitet so den Wunsch der Schüler in legale Wege.

Zum Schlusse wünscht Redner noch eine größere Berücksichtigung und Organisation des Stenographieunterrichts und tritt für eine bessere Pflege des Gesangs ein. Dieser steht, führt er aus, heute unter zwei Zeichen: im Anfang des Schuljahrs unter dem Zeichen des Kaisergeburtstages, und von da an unter dem Zeichen des Schlußaktes. Für die Schulfeiern an diesen beiden Tagen werden das ganze Jahr über sehr schöne und sehr schwere Gesänge eingeübt. Natürlich können sich dabei nur die stimmlich sehr gut begabten Schüler betheiligen, so daß die große Masse der Schüler gar nicht singen lernt. Man sollte den Gesangsunterricht extensiver betreiben und dazu alle Schüler beiziehen. Hauptsächlich müßten Volks- und Wanderlieder gesungen werden. Vielleicht wäre es auch gut, wenn man die Schulfeste in andere Bahnen lenkte, sie zu Jubelfesten mit Turn- und Jugendspielen gestaltete, und weniger Werth auf eine hervorragend schöne Festrede legte.

Abg. **Blümmel** will sich so kurz wie möglich fassen und nur auf einige in der Debatte und im Bericht berührte Fragen eingehen. Daß ich mit dem, was über die Besserstellung der Praktikanten, über die Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zwischen der Zahl unserer Praktikanten und der der Professoren gesagt worden ist, mich in Uebereinstimmung befinde, brauche ich nicht besonders zu sagen. Wenn man die lange Zeit bis zur Anstellung sieht, obgleich ein Mangel an Praktikanten besteht, wenn man weiter bedenkt, daß die Praktikanten meist ein größeres Stundendeputat als die Professoren haben, und daß in anderen Ländern bessere Verhältnisse herrschen, dann erscheint gewiß die Anschauung gerechtfertigt, daß hier Besserung am Platz ist. Daß die vom Oberschulrath angeforderten 42 neuen Stellen auf Veranlassung des Finanzministers auf 26 reduzirt worden sind, habe ich sehr bedauert. Man kann dem Oberschulrath und dem Herrn Unterrichtsminister die Anerkennung nicht versagen, daß es ihnen gelungen ist, im Nachtragsetat weitere 19 Stellen durchzubringen. Aber man wird ein wachsames Auge darauf haben müssen, daß sich das Verhältniß in Zukunft nicht bald wieder erheblich verschlechtert.

Dem was über die Gehaltsverhältnisse der Professoren gesagt worden ist, kann ich mich anschließen. Ich spreche als C-Beamter hier nicht pro domo. Ich bin aber der Meinung, daß die akademisch gebildeten Lehrer mit diesen Wünschen bis zur Revision des Gehaltstarifs werden warten müssen. Ich würde es sehr bedauern, wenn sie in Wort und Schrift diejenige Mäßigung vermissen ließen, die wir unserer Stellung als Staatsbeamte, als Erzieher schuldig sind. Ich glaube die Stimmung meiner Standesgenossen richtig zu beurtheilen, wenn ich sage: Bei aller Entschiedenheit in der Vertretung unserer Forderungen wissen wir, daß wir uns in die allgemeine Lage hereinfinden müssen. Dem Herrn Abg. Frühauf bin ich dankbar dafür, daß er ein so warmes Interesse für unseren Stand gezeigt hat. Aber durch die Art und Weise, wie er unsere Interessen verfochten hat, hat er uns nicht genützt.

Der Herr Abg. Heimburger hat schon angedeutet, daß der Lehrer in der Oeffentlichkeit heute vielfach das ist, was der Einjährige in der Kompagnie ist, der allgemeine Sündenbock. Diese Stimmung wollen wir nicht noch

stärken, wir wollen lieber die öffentliche Meinung uns dienstbar machen. Dazu dürfen wir aber das Vorgehen nicht wählen, das der Abg. Frühauf uns vorgeschlagen hat. Wenn in den Schulblättern unsere Meinung energisch zum Ausdruck kommt, so zeigt sich dabei doch kein Mangel an Disziplin. Ausdrücklich wurde in ihnen u. a. gesagt: „nicht als ob wir über mangelndes Wohlwollen unserer Behörden und der Kammer zu klagen hätten". Die Angriffe gegen den Oberschulrath sind nicht berechtigt. Als Leiter einer, zwar nur kleinen Anstalt habe ich bis jetzt von bureaukratischem Geist beim Oberschulrath nichts bemerkt. Man sollte in der Beurtheilung der Thätigkeit des Oberschulraths etwas vor sichtiger sein.

Mit dem Abg. Frühauf bin ich der Ansicht, daß der Geschichtsunterricht nicht etwa so ertheilt werden soll, wie er glaubt, daß er ertheilt wird. So wird er aber auch nicht ertheilt. Neues hat der Abg. Frühauf nicht gebracht. — In der Behandlung der freien Zeit der Schüler (Wirthshausbesuch ꝛc.) herrscht bei uns schon lange eine milde Praxis. — Die vom Abg. Frühauf befürwortete Erlaubniß des Gebrauchs von Uebersetzungen kann ich nicht empfehlen.

Der Beirath an unseren Anstalten ist eine Institution, mit der man ganz gemüthlich leben kann. Nur ein Ausspruch des Herrn Oberschulrathsdirektors hat mich einigermaßen gekränkt. Seine Aeußerung, daß es nicht angängig sei, daß bei den kleineren Anstalten der Schulvorstand auch Vorsitzender des Beiraths sei, konnte mißverstanden werden. Ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er erklären würde, daß die Gründe dafür nicht in der Persönlichkeit dieser Herren, sondern in den Verhältnissen liegen.

Die Zulassung von Mädchen in den Knabenschulen wirkt in den unteren Klassen ganz gut, in den oberen vielleicht auch, ist aber hier nicht unbedenklich, da hierdurch die Verantwortung für Lehrer und Anstaltsleiter eine doppelte wird. — Der Verkehr zwischen dem Oberschulrath und den Schulvorständen ist immer ein direkter, die Prüfungsbescheide werden dem Bürgermeister nur zugestellt, wenn er Vorsitzender des Beiraths ist. Dagegen erfolgt hier und da der Verkehr zwischen dem Vorsitzenden des Beiraths und dem Oberschulrath ohne Vermittlung des Schulvorstands, was nicht zweckmäßig ist. — Redner wünscht schließlich noch, daß der Oberschulrath bei der Gewährung der Erlaubniß zu mehr als eintägigen Schülerausflügen nicht so zurückhaltend sein möge, und bespricht die möglichen schlimmen Folgen, die aus § 832 Bürgerlichen Gesetzbuch (Schadenersatzpflicht des Aufsichtspflichtigen über Minderjährige) für den Lehrer gerade bei Schülerausflügen entstehen können. Redner bittet die Regierung um Auskunft über die Handhabung dieser Bestimmung.

Abg. **Fendrich** will sich ebenfalls auf das Nothwendigste beschränken. Ich habe mich besonders darüber gefreut, daß ein Jurist, der Herr Kollege Obkircher, mit edler Selbstlosigkeit in seinem Bericht konstatirt hat, es sei ein Vorurtheil aus alter Zeit, daß nur Juristen besonders befähigt zu Oberschulrathsstellen seien. Das hat jedenfalls die, vielleicht nicht beabsichtigte, Wirkung gehabt, daß man aus dieser Bemerkung herausgehört hat, es bestehe ein gewisser Zusammenhang zwischen dem bureaukratischen Geist des Oberschulraths und dem Umstand, daß jetzt ein Jurist an seiner Spitze steht. Der Reichstagsabgeordnete Bassermann hat auf einer Wählerversammlung in Karlsruhe bei den letzten Wahlen von dem kräftigen Luftzug gesprochen, der durch die staubigen Kammern des Oberschulraths fahren müsse. Wenn von einem solchen, des Querulantenthums gewiß nicht verdächtigen Mann ein derartiger Ausdruck gebraucht wird, dann muß doch etwas daran sein an dem Vorwurf des Bureaukratismus. — Der Herr Abg. Zehnter hat auf das Urtheil des Geschichtsschreibers Häußer über die Volksschullehrer hingewiesen. Ich hätte gewünscht, daß dieses Urtheil auch verlesen worden wäre. Wenn die Volksschullehrer sich an der Bewegung der Jahre 1848/49 besonders betheiligt haben, so gereicht ihnen das nur zur Ehre. Der Kampf gegen die Volksschullehrer besteht, solange es überhaupt Lehrer gibt. Der Herr Abg. Heimburger hat bereits angedeutet, was der Grund hierfür ist. Ich glaube, die Schuld daran ist einerseits der fortwährende Konflikt zwischen Eltern und Lehrern über die beiderseitige Kompetenz und andererseits der Gegensatz zwischen der Anschauung der Lehrer von der Bedeutung ihres Berufs und der Werthschätzung, die Regierung, Volksvertretung und vor allem Geistlichkeit diesem Beruf entgegenbringen. Die Animosität, mit der gerade von dieser Seite (Centrum) gegen die Volksschullehrer gesprochen wird, ist kein Zufall.

Da Redner öfters durch Zwischenrufe unterbrochen wird, bittet Präsident **Gönner,** die Zwischenrufe zu unterlassen, und den Redner, nicht auf jeden Zwischenruf einzugehen.

Abg. **Fendrich** fährt fort: Aus diesem Gegensatz erklärt sich das selbstbewußte Auftreten der Volksschullehrer. Es ist sehr interessant, daß man schon im vorigen Jahrhundert sich über ihre Anmaßung beklagt hat. Wenn man das Elend früherer Zeiten kennen lernen will, braucht man nur die Gedichte von Sauter zu lesen. Die Klagen werden so lange dauern, bis die Lehrer besser gestellt sind.

Präsident **Gönner** bittet den Redner sich mit seinen Ausführungen nicht an einzelne Abgeordnete zu wenden.

Abg. **Fendrich:** Es wäre zu wünschen, daß die vom Abg. Obkircher vertretenen Ansichten in seiner Fraktion zu größerer Geltung gelangen würde. — Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich mit großer Schärfe gegen den Abg. Frühauf gewendet. Er hat ihm vorgeworfen, er habe das Ansehen des Hauses jedenfalls nicht erhöht durch seine Ausführungen über das Schulwesen. Der Herr Kollege Fehrenbach hat es aber auch nicht erhöht durch diese Bemerkung. Man sollte dem Laienelement nicht von vornherein die Befähigung abstreiten, in derartigen Dingen mitzureden. Die vom Kollegen Frühauf empfohlene Methode für den Sprachunterricht ist in den Toussaint-Langenscheidt'schen Unterrichtsbriefen schon lange mit Erfolg angewandt. Die Regierung ist selbst Manns genug, wenn sie sich gegen derartige Vorschläge wenden will. Sie bedarf dazu des freiwilligen Regierungskommissariats des Herrn Abg. Fehrenbach nicht. — Es ist nicht richtig, daß wir über den Kollegen Frühauf am meisten schmunzeln, der Herr Kollege Goldschmit macht uns noch mehr Freude und er hätte uns noch mehr Freude gemacht, wenn er die kürzlich gehaltene Rede über die Verpreußung vor der Wahl gehalten hätte. Dann säße er wohl heute nicht hier. (Abg. **Goldschmit**: Wer weiß?)

Auch ich bin der Meinung, daß unsern Direktoren und Professoren das Rückgrat gegen gewisse Eltern gestärkt werden sollte, meine aber, daß man das Uebel an der Wurzel fassen sollte. Eine dieser Wurzeln ist das Halten von Pensionären, das vielleicht besser generell verboten werden sollte. — Die Art, wie der Herr Kollege Goldschmit der Jugend im Geschichtsunterricht die Begeisterung für große Männer beibringen will, bedeutet den Anfang zur Geschichtskorrektur. Man hat eben nicht immer große Männer, und dann werden im Geschichtsunterricht einfach kleine Männer zu großen gestempelt. Besser ist es, das historische Interesse zu wecken. Was der Herr Abg. Frühauf hinsichtlich der Uebersetzungen angerathen hat, scheint mir auch bedenklich zu sein. In der Mathematik sollte der Oberschulrath dafür sorgen, daß die philosophischen Spintisiereien, wie

z. B. das Schneiden der Parallelen im Unendlichen, aus den Lehrbüchern entfernt werden.

Mit dem Abg. Goldschmit halte ich das, was auf dem Gebiet des Frauenstudiums geschehen ist, für einen gewaltigen Kulturfortschritt. Der Herr Kollege Blümmel hat gemeint, daß die Zulassung von Mädchen in den Knabenschulen in den unteren Klassen unbedenklich, in den oberen Klassen aber bedenklich sei. Die Erfahrungen in der Schweiz haben aber gezeigt, daß diese Zulassung in den oberen Klassen veredelnd wirkt, daß sie anregend auf den Fleiß und das Betragen der Knaben wirkt, daß sie sich gesitteter, anständiger benehmen. — Sehr wünschenswerth wäre, wenn der Oberschulrath durch einen Generalerlaß den Schülern verbieten würde, bei Schülerausflügen nach Belieben Bier und Wein zu kaufen. — Es soll weiter vorgekommen sein, daß Schüler Karzerstrafen erhalten haben, weil sie sich nicht am Spalierstehen betheiligt haben. Das scheint mir sehr bedenklich zu sein. — Die Oberrealschulen in Karlsruhe, Freiburg und Heidelberg, an welchen Orten Seminarkurse für junge Praktikanten bestehen, leiden darunter, daß immer an Ostern Wechsel unter den jungen Praktikanten eintritt. Es wäre vielleicht besser, die Sache so einzurichten, daß im Späthjahr dieser Wechsel eintritt.

Es muß darauf hingearbeitet werden, daß die fortwährende Unterschätzung der Bedeutung des Lehrerstandes aufhört. Was schlecht bezahlte, talentlose Lehrer an unseren Mittelschulen schon Unheil angerichtet haben, weiß wohl Jeder aus eigener Erfahrung. Die Zahl der Lehrer des Gymnasiums, an die man später noch mit Hochachtung zurückdenkt, ist immer sehr gering. Die Uebrigen sind theils Originale, theils außerordentlich befähigte Köpfe, denen aber das Lehrtalent fehlt. Wegen dieses Mangels an Lehrtalent wird auch in den Schulen noch außerordentlich viel gehauen und geprügelt trotz des gesetzlichen Verbots. Unser Lehrerpersonal muß in Bildung und Charakter noch höher gehoben werden.

Abg. Dr. **Wilckens**: Gegen die Behauptung, der Lehrerschaft sei schon wiederholt seitens der Regierung und der Landstände eine geringschätzige Behandlung widerfahren, muß ich mich namens der Landstände ganz entschieden verwahren. Im Gegentheil, ich glaube, daß die hohe Aufgabe der Lehrerschaft und deren Lösung gerade von uns allezeit aufs dankbarste anerkannt worden ist. Wir haben bei den verschiedensten Anlässen speziell den Volksschullehrern stets das größte Interesse und Wohlwollen entgegengebracht. Auch die Mittelschullehrer können sich in dieser Hinsicht nicht beklagen. Ich glaube, ich darf es für das ganze Land in Anspruch nehmen, daß man allen Lehrern gegenüber allezeit Wohlwollen und Entgegenkommen bethätigt hat. Die gegentheilige Behauptung ist also durchaus ungerechtfertigt, und ich muß sie ganz entschieden zurückweisen. (Lebhafter Beifall).

Im übrigen bin ich sehr befriedigt darüber, daß die Regierung meiner Anregung folgend sich entschlossen hat, den Städten besondere Zuschüsse zur Unterhaltung der höheren Mädchenschulen zu gewähren. Diese Schulen für die weibliche Jugend verdienen seitens des Staates alle Fürsorge. Ich lege hierauf größeres Gewicht, als daß die Mädchen dem Gymnasialunterricht zugeführt werden. Es ist auch zu hoffen, daß das Gros der Mädchen, die eine höhere Bildung genießen sollen, den höheren Mädchenschulen erhalten bleibt, entsprechen doch diese der weiblichen Individualität viel mehr als die Mädchengymnasien.

Die Entwicklung der Oberrealschulen hängt davon ab, daß der Unterricht in sachgemäßer Weise ertheilt werden kann, und daß der Praktikantenwechsel auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wird. Es ist zu hoffen, daß dies besser wird. — Die in den Oberrealschulen eingeführten Lehrbücher entsprechen in verschiedener Hinsicht den Bedürfnissen des modernen Unterrichts nicht mehr. Nach dem Lehrplan von 1895 soll der fremdsprachliche Unterricht so gegeben werden, daß die sogenannte analytisch-direkte Methode zur Anwendung kommt. Aber im französischen Unterricht sind noch jetzt Bücher im Gebrauch (die Plötz'sche Grammatik), die zu einer Zeit geschrieben sind, in der diese Methode sich noch keine Anerkennung errungen hatte. — Auch das deutsche Lehrbuch von Paldamus ist veraltet. Es enthält naturgeschichtliche und geographische Lehrstücke, die durchaus nicht mehr als zeitgemäß bezeichnet werden können. Ich bin zwar kein Freund von häufigem Wechsel der Schulbücher und wünsche auch, daß an allen Anstalten die gleichen Lehrbücher eingeführt sind, aber man sollte doch dafür sorgen, daß nicht veraltete Bücher weiter gebraucht werden. Ich bitte, die angeregte Frage zu prüfen und dem Mißstand abzuhelfen.

Bei den großen Opfern, welche die Städte für ihre Realanstalten bringen, ist es dringend zu wünschen, daß ihren Bedürfnissen und Interessen auch staatlicherseits möglichst entgegengekommen wird, und daß man den berechtigten Einfluß der Städte nicht unnöthig zu beschneiden sucht. Ueber den Oberschulrath könnte zwar gerade in letzterer Hinsicht nicht geklagt werden. Aber einzelnen Lehrern ist es leider immer noch ein Dorn im Auge, daß den Städten bei Besetzung der Stellen eine maßgebende Mitwirkung eingeräumt ist. Und es kann doch keine thatsächliche Behauptung dafür beigebracht werden, daß sie von ihrer Befugniß einen unangemessenen Gebrauch machen. Man ist stets bestrebt, den Tüchtigsten unter den Bewerbern auszuwählen. Bekanntlich ist aber der Tüchtigste nicht auch immer der Aelteste, und stets kann nur einer die Stelle erhalten, was bei den übergangenen Bewerbern natürlicher Weise Unzufriedenheit zu erregen pflegt. Und diese pflegen ihre Unzufriedenheit laut zu äußern, während der Vorgezogene seine Zufriedenheit gewöhnlich im Schreine seiner Brust bewahrt. Daraus, daß die Städte über die in Betracht kommenden Bewerber Erkundigungen einziehen, kann ihnen aber auch kein Vorwurf gemacht werden. — Die Beseitigung der Stellenausschreibung würde ich für sehr bedenklich halten. Dieses Ausschreiben liegt nicht nur im Interesse der Städte, sondern auch im Interesse der Lehrer, denen es sonst, wenn die Stellen unter der Hand besetzt würden, im allgemeinen sehr erschwert würde, in eine Stadt zu kommen — Die Städte müssen auch orientirt sein über den Stand ihrer Schulen, insbesondere müssen sie von den Prüfungsbescheiden Kenntniß erhalten. Dies wird aber nicht so gehandhabt, daß der Prüfungsbescheid durch Vermittelung der Gemeindebehörde dem Lehrerkollegium mitgetheilt würde. Er geht vielmehr direkt an den Anstaltsvorstand, und nur der Vorsitzende des Beiraths erhält hiervon Nachricht. Diese Praxis ist nicht zu beanstanden. Die Direktoren müssen allerdings das Recht haben, mit dem Oberschulrath direkt zu verkehren. Das ist aber schon längst bestehende Uebung.

Die Gymnasialbeiräthe machen den Lehrern das Leben nicht sauer. Ihre Kompetenz ist auch sehr gering; weder bei Besetzung der Stellen, noch bei Aufstellung des Budgets für die Anstalt haben sie mitzuwirken. — Die Beiräthe der städtischen Schulen haben allerdings größere Befugnisse, was auch in den großen finanziellen Opfern der Städte seinen guten Grund hat. — Ich meine aber, wir müssen auch die Gymnasialbeiräthe beibehalten als erwünschtes Bindeglied zwischen Schule und Haus. Sie können zur Beseitigung oder Abschwächung gewisser Einseitigkeiten und zur Widerlegung gewisser Vorwürfe der Eltern gegen die Schule

erheblich beitragen. Der Gymnasiumsdirektor ist nicht Vorsitzender des Beiraths, damit die Selbständigkeit und Unabhängigkeit desselben Garantie findet, und ich möchte es für gut halten, daß der gegenwärtige Zustand auch für die Zukunft bestehen bleibt. Bei den Beiräten der Realanstalten führt der Oberbürgermeister den Vorsitz nach Maßgabe der Satzung, und ich habe noch nie gehört, daß daraus Unzuträglichkeiten entstanden wären.

Daß es der Oberschulrath nicht allen ihm unterstellten Beamten Recht machen kann, das theilt er mit vielen anderen Behörden. Die Frage ist nur, ob ein berechtigter Anlaß zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Was aber zur Begründung derselben bis jetzt vorgebracht worden ist, scheint mir nur von sehr geringem Belang zu sein. Gerade aus neuerer Zeit wußte man gar nichts vorzubringen. Vor allem ist der Vorwurf durchaus unbegründet, der Oberschulrath habe es an der erforderlichen Energie fehlen lassen, um eine ausgiebigere Vermehrung der Zahl der Professoren durchzusetzen. Wenn die 19 Stellen des Nachtrags noch zu den übrigen kommen, so haben wir 45 neue Stellen, und das bedeutet einen recht großen Fortschritt. Mehr ist im Augenblick jedenfalls nicht zu erreichen. Auch die Betheiligten sind ja mit dem, was erreicht ist, zufrieden. Ich bin aber allerdings auch der Ansicht, daß wir danach streben sollen, das Verhältniß zwischen Professoren und Lehramtspraktikanten auf 5:1 zu bringen. Das kann aber wegen der bedeutenden finanziellen Tragweite nicht von heute auf morgen geschehen.

Der Mangel an Disziplin bei den Volksschullehrern wurde auf dieser Seite des Hauses als bedauerlich und unerwünscht, vom Abg. Frühauf aber als erwünscht bezeichnet. Ich meine, man sollte gewisse Vorgänge auf diesem Gebiet nicht allzusehr verallgemeinern. Richtig ist, daß einzelne Lehrer eine ihrer Stellung nicht angemessene Sprache führen. Aber es gibt auch sehr viele Lehrer, die das Wohlwollen, das ihnen seitens der Regierung und der Landstände entgegengebracht wird, vollauf zu würdigen wissen. Ob es möglich gewesen wäre, dem einen oder andern Exzeß durch Entgegenkommen vorzubeugen oder abzuhelfen, das wird schwer zu entscheiden sein. Unter allen Umständen wird über die Unzufriedenheit leichter hinausgekommen werden können, wenn die Lehrer das Bewußtsein haben, bezw. aus unseren Verhandlungen gewinnen, daß Regierung und Landstände die Absicht haben, ihre begründeten Wünsche zu erfüllen. Aber es gibt eben außer den Lehrerinteressen noch andere, die Berücksichtigung verlangen. Die Lehrer sollten auch anerkennen, daß zur Besserung ihrer Verhältnisse schon ziemlich viel geschehen ist. So liegen die Dinge jedenfalls nicht, daß die Lehrer das Recht hätten, zu sagen: wir haben zum Oberschulrath kein Vertrauen mehr, weil er unsere Interessen nicht in der nöthigen Weise vertritt. Der Oberschulrath kann auch nicht alles machen. Er kann nur dem Unterrichtsministerium seine Wünsche unterbreiten, das dann im Benehmen mit dem Finanzministerium und dem gesammten Staatsministerium das Budget aufstellt.

Es ist heute die Frage angeregt worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Oberschulrath als Mittelstelle ganz zu beseitigen und dafür dem Ministerium eine besondere Unterrichtsabtheilung einzugliedern. Das ist ein Gedanke, dem ich durchaus nicht unsympathisch gegenüber stehe. Ich glaube aber, daß schon in früherer Zeit Erwägungen über diesen Gegenstand angestellt wurden, und daß man wieder davon abkam wegen der weittragenden Konsequenzen einer solchen Maßnahme für den ganzen Staatsdienst. Denn dann stünde man vor der Frage, ob man nicht alle Centralmittelstellen beseitigen bezw. mit der Ministerialinstanz vereinigen sollte. Das sind Dinge, die jedenfalls von ziemlich weit ausschauender Natur sind, und vor einer solchen Maßnahme müssen wir das alles einer genauen Prüfung unterziehen.

Ich kann zu meiner Freude konstatiren, daß unser Mittelschulwesen im allgemeinen sich in einem recht erfreulichen Zustand befindet. Nicht nur die Staatsregierung, sondern auch die Städte lassen es sich sehr angelegen sein, alles Mögliche für ihre Schulen zu thun. Ganz entschieden zurückweisen muß ich die Behauptung des Abg. Dr. Heimburger, daß bei uns wichtige kulturelle Aufgaben durch die Militärlasten beeinträchtigt würden. Wir dürfen es mit vollem Rechte für uns in Anspruch nehmen, daß wir nicht nur für die Sicherheit des Reiches nach außen, sondern auch für den weiteren Ausbau unserer inneren staatlichen Einrichtungen, und insbesondere für unsere Schulen, alles gethan haben und noch thun, was irgend möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geh. Rath Frhr. v. Dusch: Da die Debatte über das Mittelschulwesen heute doch noch nicht zu Ende gehen wird, will ich nicht unterlassen, mich schon heute über einige Fragen allgemeiner Natur auszusprechen, vor allem über die Angriffe der Herrn Abgg. Heimburger und Fendrich gegen den Oberschulrath. Es ist allerdings darauf schon geantwortet worden von Herrn Abg. Wilckens auf die Gefahr hin, ein Prädikat zu bekommen, das jetzt in diesem Hause üblich zu werden scheint, das Prädikat eines „freiwilligen Regierungskommissärs". — Der Herr Abg. Heimburger hat seine Angriffe gegen den Oberschulrath mit der allgemeinen Erklärung eröffnet, daß der Oberschulrath nicht mehr das allgemeine Vertrauen der ihm unterstellten Beamtenschaft besitze. Ich war gespannt darauf, zu hören, wie Herr Abg. Heimburger diese Behauptung begründe. Ich muß aber offen gestehen, daß das was ich gehört habe, mich sehr enttäuscht hat. Er hat selbst anerkannt, daß es sich eigentlich theilweise um nicht ganz stichhaltige Gründe für dieses mangelnde Vertrauen handle, die Gründe lägen mehr in der Vergangenheit. Er hat dann noch angeführt, daß die persönliche Behandlung der Herrn Professoren manchmal nicht ganz angemessen sei, hat aber schließlich zugeben müssen, daß auch das besser geworden sei, und als Gegenstand einer wirklichen Beschwerde blieb schließlich nur ein grober Kanzleidiener übrig. Es wäre wirklich gut gewesen, wenn der Herr Abg. Heimburger mehr Material zur Begründung seines schweren Vorwurfs und Einzelfälle gebracht hätte, über welche eine Erörterung möglich wäre. Ich — für meine Person — kann nur erklären, daß mir in meiner bisherigen Amtsthätigkeit auch nicht eine einzige begründete Beschwerde gegen den Oberschulrath zur Kenntniß gekommen ist. Der Herr Abg. Heimburger hat ein sehr radikales Mittel zur Beseitigung der Beschwerden gegen den Oberschulrath vorgeschlagen: seine Aufhebung. Die Beschwerden würden auch dann nicht ausbleiben, sie würden sich dann eben gegen das Ministerium richten. Bei einer so großen Zahl von Beamten — man denke nur an die mehreren Tausend Volksschullehrer — sind Beschwerden unvermeidlich, ohne daß ich deshalb unterstellen will, daß beim Lehrerstand etwa eine besondere Neigung zur Unzufriedenheit besteht.

Der Herr Abg. Fendrich hat es sich mit seinen Angriffen gegen den Oberschulrath noch leichter gemacht. Er hat eine drastische, allgemein absprechende Aeußerung des Reichstagsabgeordneten Bassermann über den Oberschulrath in einer Wählerversammlung zitirt, die auch mir damals aufgefallen ist und dann wörtlich hinzuge-

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

fügt: „Da muß doch etwas daran sein, ohne daß man erst einen Beweis dafür erbringt". Gegenüber einem so gänzlich unmotivirten Angriff denkt man unwillkürlich an das bekannte: semper aliquid haeret. — Ich begreife nicht, wie man ohne den Versuch einer Substanziirung gegen eine Behörde solche Vorwürfe erheben mag. Hinsichtlich des Vorschlages der Aufhebung des Oberschulrathes kann ich nur dem zustimmen, was der Herr Abg. Wilckens ausgeführt hat. Es handelt sich hier um eine organisatorische Frage, die mit großer Vorsicht zu behandeln ist. Es wäre nicht möglich eine so große Behörde wie den Oberschulrath einfach anzugliedern an das Ministerium.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man bei der künftigen Revision des Gehaltstarifs darauf sehen müsse, daß die Direktoren der größeren Anstalten in die Gehaltsklasse B, eine Anzahl Professoren in Gehaltsklasse C aufrücken. Ich habe schon gestern erklärt, daß die Regierung durchaus wohlwollend diesem Gedanken gegenüber steht, und daß sie hofft, es werde gelingen, schließlich wie bei dem Wohnungsgeldtarif einen Modus zu finden, um eine Anzahl älterer Professoren in eine höhere Gehaltsklasse aufrücken zu lassen.

Auch den Ausführungen des Herrn Abg. Fehrenbach über die Ergänzungsprüfungen kann ich im wesentlichen beistimmen. Es kann nicht als Aufgabe der Hochschulen betrachtet werden, die Vorbildung, welche auf der Mittelschule erworben werden sollte, nachzuholen und zu diesem Zwecke besondere Vorlesungen einzurichten. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß wir in die Lage kommen, Ergänzungskurse, wie sie jetzt in Preußen für Realabiturienten, die sich dem Rechtsstudium zuwenden, eingerichtet werden, in Zukunft im Interesse der norddeutschen Studenten auch auf unseren Hochschulen einzuführen.

Ueber die Beiräthe an den Mittelschulen hat der Herr Oberschulrathsdirektor bereits das Nöthige bemerkt. Nur bezüglich der Frage, ob auch Schuldirektoren Vorsitzende der Beiräthe sein können, möchte ich noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, daß nämlich der Beirath doch eine Art kontrolirende Thätigkeit ausüben soll und deshalb die Verbindung des Amts des Direktors und des Vorsitzenden des Beiraths in einer Person nicht unbedenklich ist.

Der Herr Abg. Heimburger ist dann nochmals zurückgekommen auf den Fall, daß einem Lehramtspraktikanten ein Verweis durch Vermittelung eines Bezirksamtes ertheilt wurde. Er hat mir einseitige Darstellung des Falles vorgeworfen. Ich habe den Fall auf Grund der Akten dargelegt. Ich möchte nur bitten, derartige Vorwürfe, deren Nachprüfung in diesem Hohen Hause, wenn es sich nicht als förmlichen Gerichtshof konstituiren will, überhaupt unmöglich ist, nicht zu erheben. Herr Abg. Heimburger hat darin Recht, daß der Lehramtspraktikant provozirt worden ist. Er hat aber die Beleidigung in einer Weise erwidert, die ich gestern als brutal bezeichnet habe. Er hat nämlich seinem Gegner einen solchen Schlag auf den Kopf versetzt, daß das Trommelfell geplatzt ist, und hat dann auch noch einem anderen Herrn einen Schlag auf den Kopf gegeben. Dem Lehramtspraktikanten ist nicht zu nahe getreten worden durch das Verfahren des Oberschulraths.

Der Herr Abg. Heimburger hat dann zur Frage der Disziplin der Volksschullehrer darauf hingewiesen, daß die Disziplin im Amt und außerhalb des Amtes zu unterscheiden sei. Aber auch außerhalb seiner Amtsthätigkeit darf der Beamte nicht dem zuwider handeln, was von ihm nach seiner ganzen Stellung verlangt wird. So muß es die Regierung mit der Stellung eines Beamten als nicht vereinbar ansehen, wenn ein Beamter eine Zeitung redigirt, die fortgesetzt tendenziöse Angriffe gegen seine vorgesetzte Behörde bringt. Darin hat der Herr Abg. Heimburger vollständig Recht daß bei der Beurtheilung des Standes der Volksschullehrer nicht generalisirt werden darf. Das ist aber auch nicht geschehen. Herr Abg. Fehrenbach hat im Gegentheil ausdrücklich erklärt, die weit überwiegenden guten Elemente möchten die disziplinlosen von sich schütteln. Es handelt sich nicht um den Lehrerstand im allgemeinen, sondern nur um einzelne Personen. Auch der Regierung liegt es vollständig fern, den ganzen Volksschullehrerstand herabzusetzen, zu behaupten, er habe keine Disziplin mehr.

Der Herr Abg. Heimburger hat gemeint: soweit es sich um nothwendige Ausgaben für das Schulwesen handelt, muß das Geld beschafft werden. Das ist in der Theorie ein sehr schöner Satz. Thatsächlich liegt die Sache aber so, daß die Regierung sich auch in der Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel für das Schulwesen nach der Decke strecken muß. Der Herr Abg. Wilckens hat übrigens mit Recht darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahrzehnten für das Schulwesen außerordentlich viel aufgewendet worden ist.

Der Herr Abg. Blümmel hat dann noch die Frage der Haftung der Lehrer gemäß § 832 des Bürgerlichen Gesetzbuchs berührt. Wenn etwa einmal der Fall eintreten sollte, daß ein Lehrer unter den Folgen dieser Haftpflicht ungerechtfertigt leidet, dann wird auch der Staat Mittel und Wege finden, um ihm zu helfen.

Der Herr Abg. Fendrich hat eine Reihe von schultechnischen Fragen behandelt. Ich habe die erheblichsten Bedenken dagegen, ob es möglich sein wird, den alt-sprachlichen Unterricht so zu behandeln, wie den in den lebenden Sprachen. Vielmehr wird bei dem ersteren der grammatikalische Unterricht immer die Grundlage für den Unterricht bilden müssen. Der Herr Abg. Fendrich hat sodann ausgeführt, daß die Oberrealschulen in Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg unter zu häufigem Wechsel der Praktikanten leiden. Das wird mit der Schaffung der großen Zahl neuer Stellen auch besser werden. Im übrigen liegt allerdings der Grund für den häufigen Wechsel darin, daß in diesen Städten seminaristische Kurse stattfinden, zu welchen gerade die jüngsten Praktikanten zugezogen werden müssen. Bis jetzt sind wir aber genöthigt, auch ganz junge Lehramtspraktikanten wegen des vorhandenen Mangels schon zu verwenden. Der Herr Abg. Fendrich hat Schüler von einem Schulausflug betrunken heimkommen sehen. Ich weiß nicht, wie die Regierung das verhüten soll. Es wäre ganz gut gewesen, wenn er diesen Fall zur Kenntniß der Behörde gebracht hätte, damit eingeschritten werden konnte, wenn es sich etwa um ein Verschulden des betreffenden Lehres handelte.

Ich kann schließlich nur wiederholen, daß ich es auf's Lebhafteste bedauere, daß in so allgemeiner Weise und ohne irgendwie zureichende Begründung Angriffe gegen den Oberschulrath erhoben werden, und ich kann nur meinerseits erklären, daß die Regierung dem Oberschulrath und dessen Leitung volles Vertrauen entgegenbringt.

Abg. **Kirsner** tritt für die Umwandlung des Donaueschinger Progymnasiums in ein Vollgymnasium ein. Dadurch würde auch die jetzige Ueberfüllung der Gymnasien in Freiburg und Konstanz beseitigt werden. Redner schildert die Geschichte der Anstalt, die ein ansehnliches Vermögen besitze. Deshalb würde ein großer Aufwand für die Umgestaltung für die Staatskasse nicht erwachsen. Das Gesuch wurde abgelehnt wegen des jetzigen Mangels an wissenschaftlich gebildeten Lehrern und der geringen

Frequenz der Anstalt. Redner sucht nachzuweisen, daß beide Gründe nicht stichhaltig seien. Es wird nur eine weitere Lehrkraft nothwendig sein, die Frequenz wird sich steigern. Die Stadt Donaueschingen hätte einen Beitrag angeboten, hat das aber unterlassen, weil ihr gesagt wurde, daß die pekuniäre Seite gar keine Rolle spiele.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geh. Rath Frhr. **v. Dusch:** Zu meinem Bedauern kann ich dem Herrn Vorredner nicht die gewünschte Antwort ertheilen. Der Nachtragsetat ist bereits vollständig abgeschlossen und erheblich dringendere Forderungen haben noch zurückgestellt werden müssen. Die Regierung wird aber, wenn die Finanzlage es gestatten sollte, später bereit sein, die Wünsche des Vorredners in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Die derzeit bestehenden Bedenken wegen der zu geringen Schülerzahl und des Mangels an Lehrkräften werden nicht ausschließen, daß in nicht zu ferner Zeit der Errichtung eines Vollgymnasiums in Donaueschingen näher getreten werden kann. Ein ständiger Beitrag der Stadt Donaueschingen wäre freilich sehr erwünscht. Bestimmte Versprechungen kann ich aber heute nicht abgeben. Wenn bei der Aufstellung des nächsten Budgets die Stadt Donaueschingen einen entsprechenden Beitrag zusagt, wird die Frage einer wohlwollenden Prüfung unterzogen werden.

Abg. **Kist:** Mit den gestern angekündigten 19 weiteren Professorenstellen im Nachtragsbudget werden wir dem Verhältniß 1 : 4 doch etwas näher kommen. — Für die Reallehrer und Zeichenlehrer an Mittelschulen sind im ganzen 235 Stellen vorhanden. 47 Reallehrer können in die erste Gehaltsklasse vorrücken und landesherrlich angestellt werden. Das ist eine sehr geringe Zahl, die es mit sich bringt, daß einige Reallehrer sehr lange warten müssen, bis sie in die erste Gehaltsklasse kommen. Es gibt noch Reallehrer, die vor 25 und mehr Jahren ihr Examen gemacht, aber noch nicht landesherrlich angestellt sind. Ein rascheres Vorrücken der älteren Reallehrer wäre wünschenswerth. — Ich bitte die Großherzogliche Regierung um eine Erklärung darüber, ob sie schon im Nachtragsetat oder erst im nächsten Budget größere Mittel für das höhere Mädchenschulwesen einzustellen gedenkt.

Zum Schluß möchte ich noch einen Lokalwunsch der Stadt Konstanz vortragen. Die baulichen Verhältnisse des Konstanzer Gymnasiums entsprechen den heutigen Anforderungen in keiner Weise mehr. Gegen das Aeußere wäre nichts zu sagen. Dagegen sind die Licht- und Raumverhältnisse im Innern nicht genügend. Als Lichtseiten können nur hervorgehoben werden: die schöne Lage im Centrum der Stadt und das schöne, geräumige Treppenhaus. Es ist ein allgemeiner Wunsch der Stadt Konstanz, daß baldigst ein Neubau erstellt wird. Es erregte tiefgehende Mißstimmung in Konstanz, als man hörte, daß wieder nichts aus dem Neubau werden sollte, umsomehr, als jetzt die Stadt z. Zt. ein Gebäude zur Verfügung stellen kann, das für den Unterricht in der Zwischenzeit vollständig tauglich ist. Ich bitte die Regierung um Mittheilung, ob im nächsten Budget die erforderlichen Summen sicher eingestellt werden.

Direktor des Oberschulraths Geh. Rath Dr. **Arnsperger** bedauert, beide Anfragen des Herrn Vorredners leider nicht in zustimmender Weise beantworten zu können. Ein höherer Beitrag für das höhere Mädchenschulwesen wird erst im nächsten Budget, nicht schon im Nachtragsbudget eingestellt werden können. Das Nachtragsbudget enthält auch keine Anforderung für den Neubau des Gymnasiums in Konstanz. Die Unterrichtsverwaltung muß anerkennen, daß die Räumlichkeiten den neueren Anforderungen nicht entsprechen. Auch die Sachverständigen, insbesondere die Herren Medizinalreferenten, von denen einer das Gymnasiumsgebäude eingehend besichtigt hat, haben die Räume ausdrücklich als minderwerthig bezeichnet und in verschiedenen Richtungen Wünsche nach wesentlichen Aenderungen kund gegeben, zugleich aber auch erklärt, daß die Frage als ganz besonders dringliche nicht zu betrachten sei. Die Nothwendigkeit eines Neubaues wird aber von der Unterrichtsverwaltung durchaus anerkannt. Die Frage des Bauplatzes wurde dahin entschieden, daß der Neubau an dieselbe Stelle kommen soll, auf dem das gegenwärtige Gebäude steht. Es werden also provisorische Räumlichkeiten für den Schulunterricht während der Bauzeit gefunden werden müssen. Die Räumlichkeiten sind auch von der Stadt in dankenswerther Weise zur Verfügung gestellt worden, eine Entschließung des Ministeriums, ob den Anforderungen der Stadt Konstanz für die Bereithaltung der Räumlichkeiten während längerer Zeit entsprochen werden kann, ist aber noch nicht erfolgt. Ich hoffe aber, daß mit der Stadt Konstanz eine Vereinbarung in dieser Beziehung zu Stande kommen wird, so daß provisorische Räumlichkeiten für das Gymnasium während der Bauzeit zur Verfügung stehen. Aus der Fürsorge hierfür ergibt sich schon, daß die Unterrichtsverwaltung die Neubaufrage ernstlich zu betreiben beabsichtigt. Wir hoffen und wünschen dringend, daß die Frage des Gymnasiumsneubaues in Konstanz schon im nächsten Budget gelöst werden wird. Ich weiß aber nicht und kann eine Erklärung hierüber zur Zeit nicht abgeben, ob die Mittel für einen Neubau schon im nächsten Budget nach Maßgabe der Gestaltung desselben wirklich auch eingestellt werden können.

Den Herrn Abg. Blümmel kann ich darüber beruhigen, daß ich die Herrn Vorstände der kleineren Realschulen nicht etwa wegen ihrer persönlichen Eigenschaften für weniger geeignet zur Versehung der Funktionen des Vorsitzenden des Beiraths erklärte. Nur eine persönliche Eigenschaft könnte dabei in Betracht kommen, nämlich die, daß es sich theilweise um noch sehr junge Herrn handelt. Der Grund, warum die Vorstände dieser Anstalten sich zu Vorsitzenden der Beiräthe weniger eignen dürften, liegt aber lediglich in den Verhältnissen, nicht in der Person der Vorstände.

Der Herr Abg. Heimburger hat eine besondere Einrichtung für die Beaufsichtigung des Stenographieunterrichts gewünscht, die ja zweifellos sehr wünschenswerth wäre. Herr Abg. Heimburger hat aber selbst schon darauf hingewiesen, daß es sehr schwer wäre wegen des scharfen Kampfes zwischen den zwei stenographischen Richtungen, eine solche Einrichtung zu treffen, da wahrscheinlich die Vertreter der einen Richtung sich nicht unter die Beaufsichtigung des Vertreters einer anderen Richtung stellen lassen wollten. Die Frage soll aber in nähere Erwägung gezogen werden.

Der Gesangsunterricht sollte allerdings, wie der Herr Abg. Heimburger mit Recht gesagt hat, nicht nur Vorbereitung für Kunstgesang bei festlichen Veranstaltungen sein. Ich bin sehr gern bereit, hier noch weitere Erhebungen machen zu lassen, um nöthigen Falls für eine Aenderung zu sorgen.

Der Herr Abg. Fendrich hat gewünscht, daß die Aufnahme von Pensionären den Mittelschullehrern generell verboten werden sollte. Das wäre aber doch eine etwas bedenkliche Maßnahme auch in der Beziehung, daß es dadurch vielen Eltern sehr schwer gemacht würde, ihre Kinder in gute Verpflegung zu bringen. Herr Abg. Fendrich hat selbst zugegeben, daß in dieser Beziehung einzelne Lehrer ganz korrekt, andere weniger korrekt handeln. Von unserer Seite kann wohl nur darauf ge-

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

sehen werden, etwaige Ausschreitungen, Einwirkungen des Haltens von Pensionären auf die dienstliche Wirksamkeit der Lehrer abzuschneiden. Ein allgemeines Verbot kann ich nicht in Aussicht stellen.

Der Herr Abg. Dr. Wilckens hat sodann Klagen über zwei an der Heidelberger Oberrealschule eingeführte Lehrbücher vorgetragen. Nach den maßgebenden Bestimmungen werden Lehrbücher auf Antrag der Lehrerkonferenz und der Direktion und mit Genehmigung des Oberschulraths eingeführt. Wenn also die jetzt eingeführten Lehrbücher nicht mehr zweckentsprechend sind, dann wäre es Sache der Lehrerkonferenz, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Es würde auch mit Rücksicht auf die wesentliche Aenderung in der Methode des fremdsprachlichen Unterrichts wohl keinem Anstand unterliegen, ein anderes Lehrbuch einzuführen. Ich habe es allerdings als wünschenswerth bezeichnet, daß möglichst wenig Aenderungen in den gebrauchten Lehrbüchern getroffen und thunlichst diejenigen Bücher eingeführt werden sollen, die auch in anderen Anstalten schon gebraucht werden und sich bewährt haben. Vielleicht hat deshalb der betreffende Lehrer keinen Antrag auf Einführung eines anderen Lehrbuches gestellt. Wenn aber ein Wechsel des Lehrbuches als dringendes Bedürfniß des Unterrichts bezeichnet werden müßte, dann wäre es ganz berechtigt, daß das Lehrerkollegium einen entsprechenden Antrag bei der Oberschulbehörde stellt.

Die Sitzung wird um 1¼ Uhr abgebrochen.

Verantwortlich für die Landtags-Beilage: E. Umhauer. — Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK